

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 51. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen (SG/051/2013)

am Donnerstag, 25. April 2013,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

17:45 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Martin Seidel

CDU-Fraktion

Elke Fischer

Peter Krüger

Angelika Malberg

Fraktion DIE LINKE.

Katrin Mehlhorn

Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

FDP-Fraktion

Dr. Frank Kroschinsky

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder

Peter Bartels

Dr. Helfried Reuther

Gerit Thomas

Vertretung für Herrn Richard Kaniewski

Vertretung für Frau Silke Schöps

Vertretung für Frau Christiane Filius-Jehne

Abwesend:

CDU-Fraktion

Silke Schöps

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Richard Kaniewski

Verwaltung:

Frau Dr. Darmstadt

Frau Dr. Ferse

Frau Maatz

Frau Cordts

Frau Dr. Stanislaw-Kemenah

Frau Haase

Herr Opitz

Gesundheitsamt

Gesundheitsamt

Gesundheitsamt

Gesundheitsamt

Gleichstellungsbeauftragte

Büro GB 5

Büro GB 5

Schriftführer/-in:

Frau Hauptmann

Büro der Oberbürgermeisterin

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Sucht, Suchthilfe und Suchtprävention - Kommunale Verantwortung

Nicht öffentlich

- | | | |
|---|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| 2 | Zweiter Stadtpsychiatrieplan der Landeshauptstadt Dresden 2013 | V2075/13
beratend
(federführend) |
| 3 | Konzept einer Unterbringung von AsylbewerberInnen und geduldeten MigrantInnen für die Stadt Dresden | A0689/13
beratend
(federführend) |
| 4 | Essensversorgung an Dresdener Kindertageseinrichtungen und Schulen | A0670/12
beratend |
| 5 | Verbindliche Mindestqualitätsstandards für die Essenversorgung von Kindern und Jugendlichen in Dresdner Kitas und Schulen | A0673/12
beratend |
| 6 | Schulplanung mit Schulküchen und Speiseräumen | A0674/12
beratend |
| 7 | Informationen/Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Bürgermeister Seidel stellt die Beschlussfähigkeit fest (9 von 11 Mitgliedern zu Beginn der Sitzung anwesend) eröffnet und leitet die Sitzung.

Die Einladung erfolgte form- und fristgemäß. Die heutige Tagesordnung wird bestätigt.

1 Sucht, Suchthilfe und Suchtprävention - Kommunale Verantwortung

Frau Dr. Ferse erläutert anhand einer Präsentation die Perspektiven und Zahlen von Suchtkranken in Dresden, die kommunale Verantwortung und Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern sowie die Handlungserfordernisse.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt und den Ausschussmitgliedern im Nachgang der Sitzung zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtrat Dr. Kroschinsky stellt die Frage, wie die Definition der Alkoholtoten erfolgt sei.

Frau Dr. Ferse erklärt, sie habe sich auf die Bundesstatistik bezogen. Sie könne hierzu die Zahlen noch einmal nachliefern.

Frau Dr. Darmstadt ergänzt dahingehend, dass das Grundleiden erfasst werde.

Frau Stadträtin Köhler ist der Meinung, dass stationäre Langzeittherapien nicht in ausreichendem Maße vorhanden seien.

Durch **Frau Dr. Ferse und Frau Maatz** wird dargestellt, dass diese Plätze schon in ausreichendem Maße vorhanden seien, das Problem jedoch in der Beantragung bei den Krankenkassen oder dem Rentenversicherungsträger und den Wartezeiten bestehe.

Es könne auch niemand zwangstherapiert werden, sondern es bedürfe einer gewissen Motivation und Behandlungsbereitschaft, was das Schwierigste bei einer Suchterkrankung sei.

Frau Stadträtin Thomas hält es für wichtig, auch auf die Sozialräume schauen zu können. Sie möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit Schulen aussehe.

Frau Dr. Ferse erklärt, die Schulen seien zur Zusammenarbeit und Prävention verpflichtet und würden dabei unterstützt.

Herr Stadtrat Hoffsommer möchte wissen, inwieweit Krankenkassen und Rentenversicherungsträger in den Arbeitskreis eingebunden sind. Weiter bittet er um die Information, wie verwaltungsintern die nächsten Schritte aussehen und wann mit Ergebnissen für den politischen Raum zu rechnen sei. Er finde das Thema sehr wichtig und auch, dass es weiter öffentlich diskutiert werde, nicht nur über die ordnungsrechtliche Seite, sondern auch über die präventive Seite und die Abhängigkeitsproblematik.

Frau Dr. Ferse antwortet wie folgt:

Im AK Suchtprävention seien drei Krankenkassen aktives Mitglied (IKK, Barmer, AOK). Rentenversicherungsträger seien zwar nicht Mitglied, es existiere aber ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen der Suchthilfe und den Rentenversicherungsträgern.

Ziel sei es, einen erweiterten Suchtbericht zu erstellen, der aus verschiedenen Perspektiven die Suchtproblematik in Dresden erfasse. Momentan werde an der Grobgliederung gearbeitet, sowie Abfragen zu Nebendiagnosen im Rahmen der Krankenhausstatistik gestellt. Im

Rahmen von Masterarbeiten sollen auch soziodemografische Zusammenhänge beschrieben werden. Die Einbeziehung mehrerer Ämter der Stadtverwaltung (Sozialamt, Jobcenter, Umweltamt usw.) sei ebenfalls geplant.

Herr Stadtrat Muskulus fragt nach den Angeboten und der Anzahl der Plätze bei der Unterarbeitsgruppe der PSAG „Arbeit und Beschäftigung“.

Weiter möchte er wissen, wie die Selbsthilfegruppen seitens der Stadt unterstützt werden.

Frau Dr. Ferse erläutert, Selbsthilfegruppen würden über das Sozialamt (KISS) fachlich und organisatorisch (Gründung, Räume, Beratung, Förderung) unterstützt.

Über die Suchtberatungsstellen erhalten suchtspezifische Selbsthilfegruppen fachliche Unterstützung (Supervision, Unterstützung bei der Gründung, Öffentlichkeitsarbeit) sowie die Möglichkeit, die Räume der Sozialberatungsstellen zu nutzen. Alle suchtspezifischen Selbsthilfegruppen würden auf www.dresden.de/selbsthilfe veröffentlicht.

Es gebe Selbsthilfegruppen für Betroffene und für Angehörige, da letztere ebenso Unterstützung und Begleitung im Umgang mit der Suchterkrankung benötigen.

Frau Dr. Darmstadt ergänzt, die Angebote und Anzahl der Plätze in der Unterarbeitsgruppe „Arbeit und Beschäftigung“ der PSAG werde bei der Vorstellung des Stadtpsychiatrieplanes erfolgen.

Auf die Frage von **Frau Stadträtin Thomas** nach der Problematik von Essstörungen erklärt **Frau Dr. Ferse**, dass diese Krankheit nicht unter das Thema „Sucht“ falle.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und bedanken sich bei den anwesenden Vertreterinnen des Gesundheitsamtes.

Martin Seidel
Vorsitzender

Helga Hauptmann
Schriftführerin

Peter Krüger
Stadtrat

Hans-Jürgen Muskulus
Stadtrat